

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (7. Wahlperiode)
am **18.08.2020**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Jürgen Michalski | X |
| 2. Andreas Hennig | X |
| 3. Kai Deutschmann | X |

sachkundige Einwohner:

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Barbara Ohrmann | X |
| 5. Reinhard Suhrbier | X |

Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsldr. Finanzen
Herr Gardeja	-	Tourismusedirektor

Zu 4.

Es handelt sich nicht um die 9. Sitzung, sondern um die 10. Dies ist in der Überschrift zu ändern. Das Protokoll der Sitzung vom 28.04.2020 wird bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu 5.

Das Protokoll der Sitzung vom 19.05.2020 wird bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Zu 6.

Keine Anfragen

Zu 7.

Herr Gardeja gibt Erläuterungen zum Jahresabschluss 2018:

- Kosten für die Beseitigung der Sturmschäden aus dem Jahr 2017 wurden vorfinanziert, Fördermittel kamen erst später
- Jahresplus: 206.469 € - Gewinnvorträge setzen sich auch 2019 fort und können ausgebaut werden

Herr Michalski fragt, ob die Gewinnvorträge irgendwann im Hinblick auf die Kalkulation (Ergebnis = 0) ein Problem werden können.

Der Betrag war als Vorfinanzierung der noch ausstehenden Fördermittel zu verstehen, so Herr Gardeja. Sollten weitere Gewinnvorträge entstehen, müsste man in die Kalkulation gehen, je nachdem, wie signifikant diese wären (ca. ab 15 % der Überdeckung).

Herr Suhrbier fragt, wie sich die Verbindlichkeiten von 421.000 € gegenüber der Gemeinde zusammensetzen.

Herr Gardeja wird das prüfen und die Ausschussmitglieder informieren.

Herr Suhrbier. Gewinne der Vorjahre 136.345 €, Jahresgewinn insgesamt: 206.469 € - Wie setzt sich das zusammen?

Herr Gardeja:

- einige Projekte wurden nicht realisiert (z. B. Sanierung WC-Anlagen) bzw. handelt es sich bei den 206.469 € um die Gewinnvorträge aufgrund der ausstehenden Fördermittel

Die Mitglieder des Finanzausschusses empfehlen die Zustimmung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2018 sowie zur Ergebnisverwendung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Ostseebad Binz.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu 8.

Herr Behrens gibt einen Überblick über die wesentlichen Sachverhalte für den Nachtrag:

1. Für die Gesamtbetrachtung des Haushaltsjahres 2020 sind die Ermächtigungsübertragungen aus 2019 in den Nachtragshaushalt eingearbeitet worden. Damit ergibt sich ein unverfälschtes Bild der Haushaltslage der Gemeinde Ostseebad Binz bis zum 31.12.2020
2. Das Parkhaus MZO, geplante Baukosten 3.700.000 EUR soll und muss zu 100 % fremdfinanziert werden. Um möglichst im Sommer 2021 schon Einnahmen zu erzielen, wird bereits im Nachtrag eine Kreditaufnahme von 3,7 Mio. EUR eingeplant. Voraussetzung für die Aufnahme ist die Genehmigung durch die Rechtsaufsicht. Fördermittel sind nicht zu erwarten.
3. Für alle Umsätze wurden die voraussichtlichen coronabedingten Ausfälle berücksichtigt. Insbesondere die Gewerbesteuer wurde um 1,7 Mio. EUR nach unten korrigiert. Mögliche Zuwendungen durch das Land wurden nicht berücksichtigt, weil es noch keine konkrete Aussage zur Höhe, Zahlungszeitpunkt und zu den Bedingungen gibt.
4. Der Verkauf des MZO-Geländes wird nicht vollständig in diesem Haushaltsjahr erwartet. Lediglich die Teilflächen Senioren- und Generationswohnen wurde mit 900.000 EUR bzw. 700.000 EUR berücksichtigt. Ankauf der Waldfläche in Prora (Strandweg) wurde mit 250.000 EUR in den Nachtrag aufgenommen (hier soll später ein Parkhaus/Parkplatz entstehen).
5. Einsparung von 30.000 EUR beim Anteil der Wohnsitzgemeinde für die Kita „Lütt Matten“ durch Anpassung der aktuellen Kinderzahlen.
6. Mehreinnahmen durch den Schullastenausgleich in beiden Schulen von 64.400 EUR.
7. Einstellung von Mitteln für die Umsetzung des Verkehrsleitsystems 80.000 EUR
8. Das Löschfahrzeug bleibt nach wie vor Bestandteil des Nachtrags. Allerdings verringern sich die Kosten auf 350.000 EUR
9. Für die offenen B-Pläne (Details siehe in den Erläuterungen zum Produkt) wurden 104.000 EUR aus dem Vorjahr übertragen. Hier bestehen bereits Verpflichtungen der Gemeinde Ostseebad Binz
10. Die Bauvorhaben der Gemeinde werden in den Erläuterungen zum Produkt Gemeindestraße einzeln benannt. Insgesamt erhöhen sich die Einnahmen um 1.336.000 EUR und die Ausgaben um 1.700.100 EUR
11. Reduzierung der Kreisumlage um 122.600 EUR

Der Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung wurde trotz Verlust von 3.334.500 EUR aufgrund der Vorträge erreicht. Der vorzutragende Wert beträgt jetzt noch 1.898.000 EUR.

Der Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung wurde im Haushaltsjahr mit einem Verlust von 4.420.400 EUR nicht erreicht, kann aber mit den Vorträgen kompensiert werden. Der vorzutragende Wert in das nächste Haushaltsjahr reduziert sich auf 4.567.300 EUR.

Durch den Nichtverkauf der Turnhalle 1 werden die gesamten liquiden Mittel aufgebraucht, deshalb muss voraussichtlich ein Kassenkredit beansprucht werden. Hierdurch wird es im kommenden Jahr schwierig, Projekte anzuschieben. Wenn die Turnhalle 1 in diesem Jahr tatsächlich nicht verkauft wird, fließen die geplanten 2,5 Mio. € nicht, wurden deshalb aus dem Haushaltsplan gestrichen. Das neue Angebot liegt bei 1,5 Mio. € - nun liegt es an den Gemeindevertretern/Ausschussmitgliedern, wie man sich entscheidet, ob man neu ausschreibt. Dies würde im kommenden Haushalt berücksichtigt werden.

Herr Michalski bittet Herrn Behrens, die vorgestellten Sachverhalte für den Nachtrag den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Frage, über welchen Zeitraum das Parkhaus finanziert werden soll.

So ein hoher Kredit wurde noch nie aufgenommen, so Herr Behrens. Die Kreditkosten sind momentan günstig. Er wird die Finanzierung für verschiedene Laufzeiten berechnen und vorstellen.

Herr Suhrbier fragt, ob man die Kosten für die Organisationsüberprüfung mit in den Nachtrag aufnehmen könnte (ca. 60.000 €).

Das ist für nächstes Jahr geplant, so Herr Behrens.

Herr Suhrbier weist darauf hin, dass man jetzt mit den Ausschreibungen beginnen sollte, um dann ggf. rechtzeitig reagieren und Änderungen im Stellenplan vornehmen zu können.

Herr Hennig erkundigt sich nach der Verfahrensweise zu dem Gemeindevertreterbeschluss hinsichtlich der Rechtsanwaltskosten, welcher in der vergangenen GV-Sitzung gefasst wurde. In welcher Höhe sind derzeit Rechtsberatungskosten eingestellt? Lt. GV-Beschluss sind die Kosten in den Nachtrag einzustellen, dies war aber nicht Bestandteil des heute vorgestellten Nachtrages.

90.000 € sind für 2020 für die Verwaltung eingestellt, so Herr Michalski.

Herr Behrens ergänzt: Die für die Gemeinde eingeplanten Kosten werden voraussichtlich nicht ausgeschöpft, so dass wir die jetzt beschlossenen Rechtsberatungskosten der Gemeindevertretung hier mit auffangen werden. Notfalls kann man über den Deckungsring gehen. Herr Behrens wird noch einmal Rücksprache in der Verwaltung halten und dementsprechend reagieren.



Michalski
Ausschussvorsitzender



Lußky
Protokollantin